

**Abg. Fritzen (Centr.):** Einen besonderen Vorzug des Gesetzes sehe ich in der Lizenz, künftighin einen Theil ihres Ausgabebedarfs durch indirecte Steuern zu decken. Ich wünsche nur, dass mit dem Reich Verhandlungen eingeleitet würden, damit die jetzt durch das Reichssteuerwesen ziemlich eng gezogenen Grenzen für diese Besteuerungsart sich noch erweitern lassen. In dem staatlichen Aufsichtsrecht sehe ich ein Correlat gegen ein sich in unserer Zeit in den Städten breitmachendes Grosstadtuch. Da werden überall grossartige Theater, elektrische Anlagen u. s. w. geschaffen. Hier muss die staatliche Aufsicht eingreifen können. Auch die Vertheilung der Lasten in der Weise, dass die an gewissen communalen Anlagen, wie Strassen-, Hafenanlagen etc. am meisten Interessirten, auch zu besonderen Steuern herangezogen werden, halte ich für einen Vorzug des Gesetzes. Gerade aus diesem Gesetze ergibt sich aber die Nothwendigkeit einer Reform des Wahlrechts. Für diese stehen wir auf dem Standpunkt, dass nicht nur für die communalen Wahlen, sondern auch für die Wahlen zur provisorischen Landesvertretung dem Grundbesitz die ihm gebührende Stellung wird. Aber man muss die plutokratische Spitze, die unser bestehendes Wahlrecht durch die neue Einkommensteuer gewonnen hat, abbrechen, damit auch der Mann, der nichts hat als seine Faust zur Vertheidigung des Vaterlandes, sich jederzeit bewusst ist, dass er auch in diesem Hause genügende Vertretung seiner Interessen findet. (Beifall im Centrum und rechts.)

**Abg. von Taschoppe (freicons.):** Meine politischen Freunde wünschen in dem vorliegenden Entwurf namentlich eine Aenderung der Bestimmung über das Verhältniss der Zuschläge zu den Realsteuern zu denjenigen der Einkommensteuer. Die angesessenen Mitglieder der Gemeinden haben auch auf anderen Gebieten, als dem steuerlichen, schwere Lasten zu tragen. Ich erinnere nur an die socialpolitischen Lasten, die ihnen die neuere Gesetzgebung auferlegt. Hier muss dafür Sorge getragen werden, dass keine zu grosse Vorbelastung des Grundbesitzes eintritt. Weitere Bedenken in Einzelheiten behalten wir uns für die Commission vor.

**Abg. Knebel (natlib.):** Das Ergebniss der Reform bezüglich der Belastung durch Communalsteuern wird meines Erachtens eine starke Mehr-Belastung des Grundbesitzes gegenüber dem Gewerbe sein. Darin liegt eine Unbilligkeit. Der kleine Bauer wird so belastet, dass man in vielen Fällen sagen kann, es geht über seine Kräfte. Hier müsste durch eine anderweitige Vertheilung der Zuschlags-Procennte auf die verschiedenen Realsteuern Abhilfe geschaffen werden.

**Abg. Vopelius (freicons.):** Nach dem vorliegenden Gesetzentwurf ist es den Gemeinden nicht möglich, ein industrielles Etablissement, das in einer anderen Gemeinde liegt, aber auf dem Gebiete der ersterer Arbeiterwohnungen errichtet hat, zur Communalsteuer heranzuziehen, obwohl sie die Schul- etc. Lasten für die Bewohner zu tragen hat.

(Schluss des Blattes.)

**Hofnachrichten.** Der Kaiser hatte gestern den grössten Theil des Tages mit Erledigung von Regierungsangelegenheiten in seinem Arbeitszimmer zugebracht. Auch während der heutigen Vormittagsstunden verblieb der Monarch in seinem Arbeitszimmer und arbeitete dort allein. Die für den gestrigen Nachmittag um 4 Uhr in Aussicht genommene Abreise zur Abhaltung von Hofjagden in Letzlingen war anlässlich des leichten Erkältungszustandes des Kaisers auf einen späteren Termin verlegt worden. Wie wir ferner erfahren, ist in dem Befinden des Kaisers bereits eine wesentliche Besserung eingetreten, so dass derselbe in aller kürzester Frist wieder vollständig hergestellt sein wird.

**Vom hiesigen Spanischen Consulat** geht uns folgende Mittheilung zu: Das von verschiedenen Blättern telegraphisch gemeldete Gerücht eines Attentats gegen die Königin-Regentin von Spanien, verübt bei Gelegenheit des Besuches der historischen Ausstellung, entbehrt jeder Begründung.

Eine der „Pol. Corr.“ aus Berlin zugehende Meldung betont, man dürfe in dem Umstand, dass Kaiser Alexander III. den Wunsch nach Ernennung des Generals von Werder zum Botschafter beim Russischen Hofe kundgegeben hat, eine neue Bestätigung dafür erblicken, dass die Zar die Pflege guter Beziehungen zwischen Petersburg und Berlin wünscht, womit er nur den in Berlin herrschenden Gesinnungen entgegenkommt. Dem Verlangen des Zaren sei nun so bereitwilliger Rechnung getragen worden, als seine Wahl auf eine Persönlichkeit gefallen ist, die das volle Vertrauen beider Monarchen geniesst.

Ein Selbstmord, der in den weitesten Kreisen Aufsehen erregt, wird, hat sich im Westen Berlins zugetragen. Der Inhaber der Hansa-

Apotheke, Klopstockstrasse 41a, der 48 Jahre alte Apotheker Otto Grossmann hat heute Morgen zwischen sechs und sieben Uhr seinem Leben durch Gift ein gewaltsames Ende bereitet. Der Verstorbene war ein unbestritten sehr wohlhabender Mann und als Besitzer einer der besten Apotheken Berlins im ganzen Westen bekannt. Er hatte erst vor drei Wochen ein Fräulein Reich aus Kalau als Gattin heimgeführt und lebte scheinbar in einer durchaus glücklichen Ehe. Heute Morgen gegen 6 Uhr erwarcte ihr Ehemann entgegen seiner Gewohnheit, das Bett bereits verlassen hatte. Da dieser Tags zuvor wiederholt über Kopfschmerzen geklagt hatte, so glaubte Frau Grossmann, dass er sich in der Apotheke eine Medicin zurechtmache und schickte ihr Mädchen ab, um sich Gewissheit darüber zu verschaffen. Der Herr war aber in der Apotheke nicht zu finden, und das Mädchen begab sich in das Erk Zimmer, das als Fremdenstube dient, erhielt auf mehrfachen Pochen keine Antwort. Der Pförtner wurde gerufen, der sich schliesslich mit Hilfe eines Schlossers Eingang verschaffte. In dem Bette der Fremdenstube lag, mit dem Kopfe heraushängend, die noch warme Leiche des Gesuchten, die mit einem Hemd und einem Sommer-Ueberzieher standen zwei Fischchen, deren eines die Bezeichnung Chloroform enthielt. Die Zuhilfenahme eines Arztes erwies sich als erfolglos. Es unterliegt keinem Zweifel, dass Grossmann Hand an sich gelegt hat. Da es an bekanntem Beweggründen völlig mangelt, so wird angenommen, dass die That in plötzlich eingetretener geistiger Umnachtung vollführt worden sei.

Wiener Berichte signalisiren den Beginn einer Krisis im Oesterreichischen Ministerium, nachdem soeben die Ungarische Ministerkrise zum Abschluss gekommen ist. Man spricht zunächst vom Rücktritt des Grafen Künburg, dessen Eintritt in das Cabinet s. Z. mit grossen Hoffnungen seitens der Deutschen in Oesterreich begrüsst wurde, und von Eintritt eines Czechischen „Landsmann - Ministers“ in das Cabinet. Das wäre eine neue Schenkung zum Czechenenthum und ein weiteres Abwenden vom Deutschen Element, das seit Jahren dem Slaventhum gegenüber in Nachtheil versetzt ist. Im Oesterreichischen Parlament haben aus Anlass dieser Verhältnisse in den letzten Tagen erhiterte Kämpfe stattgefunden, deren schliesslicher Ausgang noch unsicher ist.

Die Prolongationssätze wurden heute wie folgt festgesetzt: Credit 0,6375 - 0,2625 Rep., Lombard 0,25 Dep., Disconto-Comm. 0,05 - 0,075 Dep., Deutsche Bank 0,025 Rep., Dresdner Bank glatt, Handels-Gesellschafts-Antheile glatt, Mainzer Dep., Marienburger 0,20 Dep., Ostpreussen 0,175 Dep., Galizier 0,125 Dep., Gotthardbahn 0,05 Rep., Bochumer 0,125 Dep., Dortmund Union 0,375 Dep., Laurahütte 0,10 Dep., 4 % Egypter 0,15 Dep., 5 % Italiener 0,175 Dep., 4 % Ungarn 0,10 Dep., 4 % Russische Consols 0,2375 Dep., 1880er Russ. Anleihe 0,275 Dep., III. Orient-Anleihe 0,2625 Dep., Russische Noten 0,40 Rep., Alles mit Courtago.

— Geld hat etwas angezogen und stellte sich heute auf 2 1/2 bis 3 %, während der Privatdisconto mit 2 1/2 % notirt wurde.

Als vor Kurzem berichtet wurde, in Betreff eines Deutsch-Russischen Handelsvertrages seien nunmehr die Gegenvorschläge Russlands eingetroffen, jedoch in Form eines umfangreichen Schriftstückes, das zunächst einer eingehenden Prüfung unterzogen werden müsse, wurde zugleich bemerkt, dass nach vorläufiger Kenntnissnahme des Inhalts die Aussichten auf das Zustandekommen eines Handelsvertrages nicht günstig seien. Diese Vermuthung scheint sich voll auf zu bestätigen. Die Russischen Gegenvorschläge sollen ein so geringes Eingehen auf die von Deutscher Seite aufgestellten Vorbedingungen eines Vertrages zeigen, dagegen aber wieder Forderungen enthalten, die für Deutschland unannehmbar sind, so dass man geneigt ist, das völlige Scheitern der Unterhandlungen mit Sicherheit in Aussicht zu stellen.

Die Oesterreichischen und Ungarischen Renten haben sich im Laufe des Jahres erheblich verbessert und es ist interessant, den Weg zu verfolgen, den sie genommen haben. Die Oesterreichische Mai-Rente wurde jüngst in Wien 93 notirt, sie ist also dem Pari-Course ganz nahe gerückt. In Bezug auf die Ursachen, die hierbei mitwirken, schreibt die „N. Fr. Pr.“ Folgendes: Zunächst ist hervorzuheben, dass zahlreiche Besitzer fünfprocentiger Renten die Conversion nicht abwarten, sondern freiwillig einen Umtausch ihres Besitzes in Mai-Rente vollziehen. Das entscheidende Moment bleibt jedoch die Lage des Oesterreichischen Geldmarktes. Der Bedarf an Umlaufmitteln ist im Herbst noch selten so gering gewesen wie gegenwärtig. Die Noten - Circulation der Monarchie hat allerdings abgenommen. Es stellt sich nämlich der Umlauf an Staatsnoten und Bank-

noten im November auf 829,3 Millionen Gulden während er zur selben Zeit des Vorjahres 833 Millionen Gulden betrug. Diese Ziffern können jedoch sehr leicht einen ganz falschen Eindruck hervorrufen. In Wahrheit ist der Umlauf der Banknoten um 21 Millionen Gulden gewachsen und auch in dieser Ziffer drückt sich nicht die wirkliche Vermehrung der Circulation aus. Die Bank hat für rund 40 Millionen Gold angekauft und dafür 40 Millionen Banknoten ausgegeben. Ein Theil dieser Banknoten ist durch die Verminderung des Leihgeschäftes wieder zurückgeströmt oder richtiger gesagt, die Vermehrung des Banknoten-Umlaufes ist theilweise durch die Abnahme des Leihgeschäftes compensirt worden. Der Escampte und Lombard der Bank verzeichnen nämlich im Vergleich mit dem Vorjahre eine Abnahme von 22,1 Millionen Gulden. Diese Ziffern zeigen, dass die Vermehrung des Notenumlaufes in einem Augenblicke eingetreten ist, wo die Nachfrage sehr gering war, und dass die Wirkung beider Thatsachen sich vereinigen musste, um die Geldflüssigkeit zu vermehren. Allerdings ist auch die Summe der Salinenscheine um 32,5 Millionen gestiegen, und demgemäss hat sich der Staatsnoten - Umlauf vermindert. Hier handelt es sich aber um eine passagere Anlage, welche die Situation des Geldmarktes schon deshalb dauernd nicht beeinflussen kann, weil mit dem Factor gerechnet wird, dass mindestens die dreimonatlichen Salinen praktisch dem baaren Gelde gleichzuachten sind. Es ist ja eine interessante Thatsache, dass die dreimonatlichen Salinen, welche mit 2 1/2 % verzinst werden, gerade rund 32 Millionen Gulden betragen, um dass somit das überschüssige Geld speciel zu dieser 2 1/2 %igen Investition verwendet wird. Im Grande genommen ist dieser Betrag nichts Anderes, als die Geldreserve des Publicums. Die scheinbare Verminderung des Geldumlaufes um 11 Millionen Gulden bedeutet, wenn man näher auf die Ziffern eingeht, keine Einschränkung der verfügbaren Geldmenge, die theils durch den stockenden Handel und theils durch die Ausdehnung der Banknoten-Circulation in Wirklichkeit bedeutend gewachsen sind. Die überschüssigen Noten strömen dem Effectenmarkte zu, und da die industrielle Conjectur im Allgemeinen nicht besonders günstig beurtheilt wird, so werden die Papiere mit einem festen Ertrage fast einseitig bevorzugt. Dazu kommt noch, dass in Perioden abnehmender commercialer Thätigkeit mehr Geschäftscapitalien, die früher gebunden waren, frei werden und in dem Rentenkauf Verwendung suchen. Vielleicht würde sich die Bewegung der Renten trotzdem langsamer vollzogen haben, wenn nicht im Hintergrunde die Conversionspläne der beiden Regierungen, welche die Speculation anregen, ständen. Die jetzigen Course der Renten sind eine starke Unterstützung für die künftigen Operationen des Oesterreichischen und des Ungarischen Finanzministers.

Man schreibt uns aus Wien vom 24. d. M.: Das gestern hier verbreitete gewesene Gerücht von einer bevorstehenden Kündigung der Ungarischen Renten hat sich sehr rasch als gänzlich unbegründet herausgestellt. Trotzdem fand es weite Verbreitung — ein Umstand, der wohl auf die schon oft mitgetheilte Thatsache, dass die Ungarische Conversion den Reigen der staatsfinanziellen Geschäfte eröffnen wird, zurückzuführen ist. Wenn auch Herr Dr. Wekerle die Conversionen keineswegs zu überstürzen wünscht, so darf man doch nicht übersehen, dass sie ein Mittel für die Goldbeschaffung sind und darum will er wenigstens hinsichtlich eines ansehnlichen Theiles desselben, so rasch als es die Verhältnisse gestatten, vollzogene Thatsachen schaffen. Nun kann aber nach dem Ungarischen Conversionsgesetze die Kündigung der Schulden nur zum Fälligkeitstage des Zinsencoupons geschehen und muss drei Monate vorher veröffentlicht werden. Da die Coupons der Ungarischen Renten am 1. Juni und 1. December fällig sind, so muss die Kündigung spätestens am 1. März oder 1. September des betreffenden Jahres veröffentlicht werden. Es scheint heute an der Zeit, die Erinnerung an das Exposé Wekerles vom 1. October d. J. wachzurufen, worin er sagte, der Grundgedanke, der ihn bei der Conversion leitete, sei der, dass die erzielten Ersparnisse zur Bedeckung des Erfordernisses der neuen Emissionen dienen sollen. Er habe die Hoffnung, dass die grossen Conversionen demnächst in Fluss gebracht werden könnten. Das ist auch heute noch der Standpunkt des Dr. Wekerle und da er die Goldbeschaffung unbedingt im Laufe des Jahres 1893 beenden will, so muss er auch das Mittel dazu, die Conversionen bald durchführen.

Man schreibt uns aus London: Die Argentinischen Angelegenheiten nehmen gegenwärtig erhöhtes Interesse in Anspruch. Es weht augenblicklich ein anderer Wind in Argentinien, und in aller Stille hat sich ein Umschwung des Systems vollzogen, wie aus einzelnen Vorkommnissen einleuchtet, welche die letzte Post aus Buenos Aires bringt. Danach hat der jetzige Finanzminister ein Darlehen von 490 000 Pes. sistirt, welches die neue National-